

JA ZUM ZIVILDIENTST - NEIN ZUM ERSATZDIENST

Wie beurteilt eine Friedensorganisation, die sich seit Jahrzehnten für die Anliegen der Militärverweigerer eingesetzt und Form und Inhalt eines friedensfördernden Zivildienstes überdacht hat, die Ersatzdienst-Vorlage, die am 4. Dezember zur Abstimmung kommt?

An der gut besuchten Mitgliederversammlung des Christlichen Friedensdienstes, am 22. und 23. Oktober auf Boldern, wurde diese Frage eingehend diskutiert.

Die von Bundesrat und Parlament formulierte Abstimmungsvorlage entspricht nicht der Zielsetzung der vom CFD mit unterstützten Münchensteiner Initiative. In diesem Punkt waren sich alle Anwesenden einig. Anstelle einer Alternative zum Militärdienst für alle Verweigerer aus Gewissensgründen tritt ein Ersatzdienst, der nur jenen offen steht, die ethische oder religiöse Motive geltend machen können.

Eine Minderheit der Anwesenden plädierte trotzdem für ein Ja zur Vorlage. Ihre Begründung:

- Der zivile Ersatzdienst wird in der Bundesverfassung verankert und damit als legitime staatsbürgerliche Leistung anerkannt.
- Die Entscheidung, ob ein Verweigerer des Militärdienstes als solcher anerkannt werden soll, wird in Zukunft von einer zivilen Kommission und nicht von einer militärischen Instanz getroffen
- Der Ersatzdienst wird nicht dem Militärdepartement unterstellt sein. Er wird eine vom Militär absolut unabhängige Organisationsform darstellen.

Dieser Sicht widersprach eine Mehrheit der Anwesenden, Alt und Jung, die sich - wenn auch keineswegs leichten Herzens - für den CFD zu einem Nein zur Abstimmungsvorlage aussprach.

Nein vor allem, weil die Gewissensteilung und ihre Verankerung in der Verfassung nicht akzeptiert werden kann. Dies wird zur Folge haben, dass - trotz aller negativer Erfahrungen im In- und Ausland - wiederum eine Kommission eingesetzt wird mit dem Auftrag, Militärverweigerer an

einem gemeinschaftsblinden Gewissensbegriff zu messen und sie in "Gute" und "Böse" eizuteilen.

Im CFD wurde stets die Ueberzeugung vertreten, der Christ sei als Teil der Gemeinschaft mitverantwortlich für das politische Geschehen. Nein darum zu einer zusätzlichen Diskriminierung jener Verweigerer, die aus Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft mit rationaler Begründung die militärische Verteidigung als ein Instrument der Gewalt ablehnen. Die neue Regelung würde zu härteren Strafen führen: Vergleichsbasis für die Dauer des Urteils wäre nicht mehr die Rekrutenschule, sondern der Ersatzdienst von voraussichtlich 18 Monaten Dauer.

Anstelle einer Alternative zum Militärdienst - eines friedensfördernden Zivildienstes - soll nach dem Willen von Bundesrat und Parlament der Ersatzdienst treten, dessen paramilitärische Organisationsform - für durchaus zivile Aufgaben - durch den Expertenbericht heute schon festzustehen scheint. Dieser Verbiegung des Zivildienst-Begriffes kann der CFD nicht zustimmen.

Ein Nein darum zur Vorlage vom 4. Dezember - ein Nein zur Gewissenteilung und ein Nein zum Ersatzdienst - aber weiterhin ja zu einem friedensfördernden Zivildienst, für den sich der CFD auch in Zukunft einsetzen möchte.

(Dieser Artikel wurde von Rosmarie Kurz, Sekretärin des Christlichen Friedensdienstes in Bern, verfasst.)

EIN VERFEHLTER ERSATZ

Enttäuschung und Zorn über die schliesslich zustande gekommene Ersatzdienstvorlage des Bundes sind gross unter den Dienstverweigerern, stellt sie doch gerade das dar, was man eigentlich vermeiden wollte: einen bequemen Ausweg für religiöse und ethische "Egoisten", während den ernsthaften und verantwortungsbewussten Kriegsdienstgegnern der Zugang verwehrt bleibt. Die mehr als 50jährigen Bemühungen um einen Zivildienst, die mit der von 40 000 Leuten unterzeichneten Petition von Leonhard Ragaz im Jahr 1923 ihren Anfang genommen hatten, sind damit bis heute um keinen Schritt vorwärts gekommen.

Den verantwortungsbewussten Dienstverweigerern geht es nicht einfach darum, sich blind an das Gebot "Du sollst nicht töten" zu klammern, um sich die eigenen Hände nicht schmutzig zu machen. Sie wollen Frieden. Sie wollen sich der Gewalt rund um uns herum stellen. Sie nehmen den Verfassungsauftrag des "Schutzes der Gemeinschaft" ernst. Gerade darum stellen sie Fragen an unsere heutige militärische Landesverteidigung: Ist es noch verantwortbar, angesichts der heutigen Massenvernichtungsmittel überhaupt Kriege zu führen? Ist ein militärischer Schutz noch möglich? Und wenn ja: ab wann wird das Morden und Opfern sinnlos? Sie fragen aber noch tiefer: Wo sind heute Kräfte am Werk, die morgen zum Krieg führen könnten? Wo sind wir heute als Schweizer mitbeteiligt daran, dass in der weiten Welt Menschen hungern, unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen, rechtlos sind? Pulverfässer, die uns morgen in Kriege verwickeln können? Sie kommen von daher zu einer kritischen Einstellung unseren Wirtschaftsbeziehungen und unserer Politik, unserm System gegenüber. Sie hören, dass gesagt wird, für diese Probleme könne und müsse man sich - ausserhalb der Armee - einsetzen, können aber von solcher Friedensarbeit kaum etwas feststellen. Sie hören, militärische Verteidigung sei nur das letzte Mittel, können sich aber nicht damit abfinden, dass jährlich Tausende von Männern, ungezählte Zeit und Energie, und Milliarden an Franken in die eigene Verteidigung gesteckt werden, während an der kümmerlichen Entwicklungshilfe Abstriche gemacht werden. Können wir als Christen eine solche Politik gutheissen?

Wenn ich aus solchen Ueberlegungen heraus verweigere, dann bin ich bereit, notfalls auch die Konsequenzen auf mich zu nehmen: Verurteilung und Gefängnis, Unverständnis, Behinderungen im Beruf usw. Ich bin auch bereit einen Zivildienst zu leisten, der wirklich den Frieden fördert. Einen Zivildienst, in dem ich auf gewaltlose Weise mithelfen kann, Konflikte im kleinen wie im grossen zu lösen. Beispiele und Möglichkeiten gewaltfreier Aktionen gäbe es viele: in Rhodesien z. B. der Einsatz für die Tangwenas und Nyafaru-Farm, in Zypern die Wiederansiedlung von Flüchtlingen, in Lateinamerika die Bauerngenossenschaften, um nur einige zu nennen. Auch bei uns wären im Jura, in den Berggebieten solche Einsätze denkbar. Ein solcher Dienst hätte frei, aus Selbstverantwortung und einer gewaltlosen Haltung heraus zu geschehen. Alle diese Voraussetzungen sind in der Ersatzdienstvorlage des Bundes nicht gegeben. Das Anliegen der Militärverweigerer, Zeichen einer konstruktiven Friedensarbeit aufzurichten, wurde nicht nur nicht ernst genommen - es wurde gar nicht richtig gehört! Solange die Diskussion um diese neuen, politischen Wege aufbauender Friedensarbeit aber nicht aufgenommen wird, besteht die Gefahr, dass mit einem Ersatzdienst als bequemem Ausweg für Dienstverweigerer nur eine Scheinlösung angeboten wird, die das Grundanliegen der Dienstverweigerer vernebelt.

Die jetzige Ersatzdienst-Vorlage schränkt zudem die Zulassung auf "religiös und ethisch" motivierte Verweigerer ein. Dies, obwohl diese Einschränkung in klarem Gegensatz zum Willen der Initianten steht und deshalb gar nicht zulässig wäre. Dies auch, obwohl gerade von kirchlicher Seite her immer wieder hervorgehoben wurde, dass ein religiöses Gewissen, das sich nur an der absoluten Norm "Du sollst nicht töten" orientiert, ohne die Folgen für das Wohl der Gemeinschaft verantwortlich mitzubedenken, im Grunde ein "infantiles", biblisch nicht verantwortbares Gewissen bleibt. Und dass derjenige, der sich intensiv und überlegt mit dem Problem der Gewalt und ihrer politischen Ueberwindung auseinandersetzt, in einen ebenso starken Gewissenskonflikt geraten kann, ja muss. Kann die Schwere und die Ernsthaftigkeit eines Gewissenskonfliktes überhaupt wirklich ausgelotet werden? Die Bundesrepublik Deutschland oder Holland, von deren Erfahrungen man doch hätte lernen können, haben die Gewissensprüfung schliesslich abgeschafft und machen die Zulassung zum Zivil-

dienst nunmehr davon abhängig, ob einer bereit ist, einen gleichwertigen Zivildienst zu leisten. Dieser Tatbeweis wäre das geeignetste Kriterium, um festzustellen, ob einer wirklich an einem ernsthaften Friedenseinsatz interessiert ist.

Die Gefahr besteht, dass der Ersatzdienst zwar für eine Minderheit, etwa 30% der Dienstverweigerer, eine Erleichterung bringen würde, für die Mehrheit aber verschärfte Strafen zu erwarten sind. Die Schafe werden von den Böcken geschieden, die "guten" von den "schlechten" Dienstverweigerern getrennt: Mit dem Hinweis auf den Ersatzdienst, der ihnen ja offen stünde, wird ihr eigentliches Anliegen unter den Tisch gewischt: nämlich auf den verbrecherischen Widersinn der Rüstung und des Krieges hinzuweisen. Die Annahme eines Ersatzdienstes würde also eine reale Verschlechterung der Lage für die Mehrzahl der Dienstverweigerer mit sich bringen. Deshalb: Ersatzdienst nein, Zivildienst ja.

(Dieser Artikel wurde von Ueli Wildberger, Theologe, verfasst.)